



HESSISCHER LANDTAG

12. 10. 2016

Plenum

Dringlicher Antrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Lebensmittel wertschätzen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag bekennt sich zu dem Ziel, die Verschwendung von Nahrungsmitteln deutlich zu reduzieren. Er begrüßt und unterstützt die laufenden Kampagnen, die für eine stärkere Wertschätzung von Lebensmitteln, ganz besonders wenn es sich um regional oder ökologisch erzeugte Produkte handelt, werben und sensibilisieren. Am Ende ist die Sensibilität der Verbraucherinnen und Verbraucher für die negativen Folgen der Verschwendung von Lebensmitteln einer der wichtigsten Hebel für eine deutliche Reduktion des Lebensmittelverbrauchs.
2. Der Landtag setzt sich dafür ein, die Verschwendung von Lebensmitteln auch auf allen Stufen der Erzeugung zu reduzieren. Vor diesem Hintergrund unterstützt der Landtag daher den Beschluss der 12. Verbraucherschutzministerkonferenz im April 2016, der die Erarbeitung einer nationalen Strategie zur Reduzierung der Lebensmittelverschwendung fordert. Diese Forderung unterstützt außerdem die Zielsetzung der Vereinten Nationen zur Reduzierung von Lebensmittelverlusten und -abfällen um 50 %. In diesem Zusammenhang sieht der Landtag auch die weitere Beschlusslage der o.g. Verbraucherschutzministerkonferenz als zielführend an, nach der ein nationales, ressortübergreifend arbeitendes Koordinierungszentrum einzurichten ist.
3. Der Landtag nimmt bezüglich der zunehmenden Verschwendung von Lebensmitteln weiterhin mit Sorge zur Kenntnis, dass es vor allem im immer stärker anwachsenden Bereich der Außer-Haus-Verpflegung zu erheblichen Nahrungsmittelverlusten der hierfür zubereiteten Lebensmittel kommt. Er sieht dort ein großes Potenzial für die Verringerung von Lebensmittelverlusten. Er bittet die Landesregierung - möglicherweise in Kooperation mit weiteren Akteuren und externen Partnern -, Kampagnen bzw. weitere Maßnahmen zur Reduktion von Lebensmittelverschwendung in der Außer-Haus-Verpflegung zu entwickeln und umzusetzen.
4. Der Landtag hält daher alle Maßnahmen für sinnvoll, die sich mit dieser Thematik auf unterschiedlichen und vielfältigen Wegen befassen und sowohl Fragen der Erzeugung, der Vermarktung als auch Information und Wissensvermittlung aller Bevölkerungsschichten beinhalten. Dazu gehört zum Beispiel:
 - a) Er stellt hier fest, dass der genannte Themenkomplex in Zusammenarbeit mit externen Partnern wie dem Landfrauenverband, dem DHB-Netzwerk und der Deutschen Gesellschaft für Ernährung insbesondere auch im Rahmen der Verbraucherinnen- und Verbraucherberatung sowie im Rahmen der Ernährungsbildung in Schulen einen hohen Stellenwert einnimmt.
 - b) Er bittet diesbezüglich die Landesregierung, das in Kooperation mit dem Landfrauenverband in Hessens Schulen durchgeführte Programm "Werkstatt Ernährung", das zukünftig insbesondere auch über nachhaltige Ernährung informieren soll, weiterhin als festes Bildungsangebot zu erhalten.
 - c) Er ist sich bewusst, dass insbesondere die landwirtschaftlichen Erzeugungsbedingungen unserer täglichen Grundnahrungsmittel bereits für Kinder im Schulalter wichtiges Wissen darstellen, welches die Grundlage für einen bewussten Umgang mit Nahrungsmitteln und Ernährung bildet. Der Landtag bittet die Landesregierung, an dem Ziel festzuhalten, dass jedes Kind bis zum Ende der Grundschulzeit einmal einen Bauernhof besucht. Hierfür soll die bestehende gute Zusammenarbeit mit den landwirtschaftlichen Verbänden und den örtlichen Fachdienststellen erhalten werden.

- d) Er begrüßt die zahlreichen weiteren Initiativen im Kontext der "Schulen für Nachhaltigkeit", die von Lehrerfortbildung zu Snack-Angeboten über die Etablierung gesunder Lebensmittel in Schulcafeterias bis hin zu Projekten, in denen Schülerinnen und Schüler im Rahmen von Arbeitsgruppen im Schulgarten Gemüse und Kräuter anbauen, ernten und später gemeinsam zubereiten. Der Landtag bittet die Landesregierung, derartige Initiativen im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie weiterhin zu unterstützen.
 - e) Er anerkennt die wertvolle Arbeit der Vernetzungsstelle Schulverpflegung bei der Erarbeitung von Schulprojekten zum Thema Ernährung und Gesundheit außerhalb des Lehrplanes und bittet die Landesregierung, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, das Projekt über die derzeit zugesagten drei Jahre hinaus dauerhaft zu unterstützen.
5. Der Landtag begrüßt zudem die Initiative der Landesregierung auf der Agrarministerkonferenz im September 2016, den Ländern mehr Spielraum zu verschaffen in der Frage, wann Lebensmittel wegen geringfügiger Verstöße gegen die Kennzeichnungspflicht aus dem Verkehr zu ziehen sind. Ein größerer Entscheidungsspielraum in dieser Frage kann dazu beitragen, gute Lebensmittel im Handel zu belassen, sofern die Verstöße gegen die Kennzeichnungspflicht marginal sind und keine gesundheitsgefährdenden Auswirkungen haben. Bisher werden diese Produkte in der Regel aus dem Verkaufsregal genommen und entsorgt, da eine Umetikettierung aus Kostengründen nicht erfolgt. Ebenso werden Maßnahmen bezüglich der Anpassung der Regelungen des Mindesthaltbarkeitsdatums unterstützt. Der Landtag bittet die Landesregierung, auch weiterhin derartige Initiativen zur Vermeidung von Lebensmittelverschwendung auf Landes-, Bundes- oder Europa-Ebene zu initiieren bzw. zu unterstützen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 12. Oktober 2016

Für die Fraktion
der CDU
Der Fraktionsvorsitzende:
Boddenberg

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Die Parlamentarische Geschäftsführerin:
Dorn